

Die autoritäre Versuchung auf dem Balkan

Die bevorstehenden Wahlen in Serbien sind unnötig. Aber sie verweisen auf einen in Südosteuropa weitverbreiteten Populismus und die Dominanz politischer Parteien, die durch Klientelismus den schwachen Staat kontrollieren. Von Florian Bieber

Die serbischen Neuwahlen am 16. März beenden ein Jahr der politischen Spekulationen. Es sind bereits die siebten vorgezogenen Parlamentswahlen seit 1990; sie sind unnötig, ihnen ging keine Regierungskrise voraus. Die Koalition aus der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) von Aleksandar Vucic und der Sozialistischen Partei (SPS) von Ivica Dacic war stabil und verfügte über eine solide Mehrheit. Die SNS will mit den Wahlen ihre Popularität in eine Vormachtstellung im Parlament übersetzen. 2012 konnte die SPS noch den Posten des Ministerpräsidenten ergattern, heute ist dies kaum mehr vorstellbar. Auch wenn die SNS nach den Neuwahlen wohl nicht allein regieren kann, so wird sie die Regierungsbildung bestimmen. Die vorgezogenen Neuwahlen sind ein Beispiel für die autoritäre Versuchung von Regierungsparteien auf dem Balkan, rechtsstaatliche Institutionen abzuschwächen, um die eigene Vormachtstellung zu sichern.

Die «Halbdemokratien» Südosteuropas

Regelmässige Studien der Bertelsmann-Stiftung und von Freedom House zeigen, dass sich in Südosteuropa längst eine neue Form der Demokratie etabliert hat: Wahlen sind demokratisch, die Parteienlandschaft ist vielfältig, doch behindern populistische und korrupte Regierungen die Entfaltung demokratischer Prozesse. Die meisten postkommunistischen Staaten Zentraleuropas entwickelten sich zu konsolidierten Demokratien. In den Staaten Südosteuropas hingegen entstand eine Zwischenform, in der zwar die demokratischen Formalien beachtet werden, gleichzeitig aber populistische Parteien über klientelistische Strukturen den Staat kontrollieren. Dies zeigt sich insbesondere an der Dominanz politischer Parteien über die Medien und den Staat sowie an der schwachen rechtsstaatlichen Kontrolle.

Der Wahlkampf hatte in Serbien noch nicht begonnen, als der serbische Vizeministerpräsident Vucic eigenhändig ein Kind rettete, das mit seiner Familie auf der Autobahn von Belgrad nach Budapest im Schneetreiben steckengeblieben war. Praktischerweise war das Staatsfernsehen zur Stelle, um die Rettungsaktion zu filmen. In den sozialen Netzwerken wurde die Inszenierung schnell lächerlich gemacht, doch die Botschaft kam an: Vucic rettet Kinder, während andere in den Wahlkampf gehen.

Nicht nur in Serbien nutzen Regierungsparteien ihre Vormacht im ständigen Wahlkampf. Auch ohne bevorstehende Wahlen preist beispielsweise die mazedonische Regierungspartei VMRO ständig ihre Erfolge auf Billboards und in Anzeigen. Der pausenlose Wahlkampf von Regierungen erschwert es der Opposition, Alternativen zu formulieren. Bei vorgezogenen Neuwahlen haben Regie-

rungsparteien bereits einen Startvorteil.

Ein zweiter Aspekt der autoritären Versuchung drückt sich durch die Kontrolle der Medien aus. Nur wenige kritische Medien der neunziger Jahre haben das vergangene Jahrzehnt überlebt. Die wirtschaftliche Krise und der Staat als wichtigster Inserent haben zu einer Medienlandschaft in der Region geführt, in der kritische Stimmen kaum noch ihren Platz finden. Ausgeprägt ist dies in Montenegro, Mazedonien und Bosnien. In Mazedonien wurden alle wichtigen kritischen Medien wie der Privatsender A1 geschlossen, und nur wenige Journalisten trauen sich, die Regierung offen zu kritisieren. In Montenegro kommt es häufig zu Übergriffen von «Unbekannten» gegen unabhängige Medien. In Bosnien ist zuletzt der Geschäftsmann und Medien-Tycoon Radoncic zum Sicherheitsminister avanciert, obwohl ihm Kontakte zur Unterwelt nachgesagt werden. In der Republika Srpska sind die Medien dem dortigen Präsidenten Dodik treu, Kritik richtet sich nur gegen Opposition, «Sarajevo» und ausländische Mächte. Auch in Serbien trauen sich nur noch wenige Medien, Vucic offen zu kritisieren.

Regierungstreue Medien schwächen hingegen die Opposition. Korruptionsvorwürfe, oft ohne Beweise, sind hier eine Strategie. Die Boulevardpresse in Serbien beschuldigt regelmässig Mitglieder der von der Demokratischen Partei dominierten Regierung, die bis 2012 an der Macht war, der Korruption. Auch wenn diese Vorwürfe teilweise berechtigt sind, dienen sie weniger der Aufklärung als der Diskreditierung politischer Gegner. Neben dem Korruptionsvorwurf funktioniert auch die Anschwärmung, Kritik an der Regierung sei Verrat an Staat oder Nation, vor allem in Ländern wie Mazedonien oder der Republika Srpska.

Ein letzter Aspekt ist die Dominanz politischer Parteien über den Staat. Karrieren im öffentlichen Dienst und in staatsnahen Betrieben sind meist nur mit Parteimitgliedschaft möglich. Somit werden die Parteien Arbeitsvermittler und können die Loyalität ihrer Wähler sichern. Dadurch wird das Protestpotenzial reduziert, da eine öffentliche Kritik zum Verlust des Arbeitsplatzes führen kann.

Politische, nicht kulturelle Ursachen

Die Gefahr des Populismus mit autoritären Zügen beschränkt sich nicht auf den westlichen Balkan. EU-Mitgliedsstaaten wie Ungarn, Rumänien und Bulgarien zeigen, dass mit einem EU-Beitritt die Gefahr nicht gebannt ist. Die Verlockung ist gross, diese Entwicklung auf eine balkanische Kultur abzuschreiben, doch hat sie viel mehr mit schwachen Staaten und einer sozialen und wirtschaftlichen Krise zu tun, die vor die globale Wirtschaftskrise zurückreicht. Oft übersieht die EU die autoritäre

Versuchung allzu bereitwillig, solange die Regierungen kooperieren. So hat die Kompromissfähigkeit der serbischen Regierung im Dialog mit Kosovo geholfen, von innenpolitischem Populismus abzulenken. Können jedoch rechtsstaatliche Strukturen nicht reifen, führt dies entweder zu sozialen Protesten, wie jüngst in Bosnien und Herzegowina, oder zu illiberalen Regierungen, die mit populistischen Mitteln ihre Macht erhalten, wie in Mazedonien und, vermutlich demnächst, Serbien.

Florian Bieber ist Professor für Südosteuropa an der Karl-Franzens-Universität Graz und leitet das Zentrum für Südosteuropa-Studien. Er ist Koordinator des Balkans in der Europe Policy Advisory Group, die sich mit EU-Integration und Reformprozessen auf dem Balkan beschäftigt.